

## **Ab sofort gibt es einen „Regierungsdialo g Rente“** Auszug aus der Monatszeitschrift „Das Parlament“ Januar 2012

Die drohende Altersarmut zwingt zum Handeln. Bereits in den 90er Jahren wurde darauf hingewiesen, dass vor allem Arbeitslose aus den neuen Bundesländern mit einer Rente unter dem durchschnitt rechnen müssen. Das sind die Spätfolgen der industriellen Abwicklung, die viele Arbeitnehmer in die Arbeitslosigkeit geführt haben oder wegen ihres kleinen Einkommens erhebliche Einbußen in ihrer Rente hinnehmen müssen. Das Thema ist lange verdrängt worden, aber jetzt ist es allgegenwärtig. Die Rente gibt es seit Januar 2012 nicht mehr mit dem 65. Geburtstag. Jeder Rentner muss jetzt einen Monat länger arbeiten. Schrittweise erhöht sich Renteneintrittsalter bis zum Jahre 2029 auf diese Weise auf 67 Jahre. Die Kritiker für diese Entscheidung haben sich bereits zu Wort gemeldet, weil eine ausreichende Erwerbsbeteiligung Älterer nicht gegeben ist.

Frauen sind von Altersarmut überproportional betroffen, denn 61 % der Empfänger von Grundsicherung im Alter waren weiblich wie auch im Niedriglohnsektor. Das entspricht einem Anteil von 22 % der erwerbstätigen Frauen. Frauen sind hier mit fast 70 % überdurchschnittlich vertreten.

Es kann nicht sein – wenn man ständig von sozialer Gerechtigkeit spricht – dass Geringverdiener, die ein Leben lang gearbeitet haben, nur eine Rente bekommen, die im Bereich der Grundsicherung liegt. Geringverdiener sollen demnach ab 2013 ihre Altersrente auf 850 Euro aufgestockt bekommen, wenn sie 45 Versicherungsjahre vorweisen können. Bis das Gesetz steht, muss noch über Übergangsregelungen, über Änderungen der Erwerbsminderungsrente und den Hinzuverdienstmöglichkeiten für Rentner nachgedacht werden.

Die Opposition sind darin kein geeignetes Mittel, um Altersarmut zu verhindern, „weil sie ein reines Nachsorgemodell ist, das Anreize für Minijobs setzt, die im Alter dann mit einer Zuschussrente nachlaufend, aber nicht einmal armutssicher entschädigt werden sollen“. Die SPD fordert deshalb, die Altersarmut nicht erst im Rentenalter zu bekämpfen, sondern schon vorher die Akzente durch Mindestlöhne neu zu setzen“. Der SPD-Experte Anton Schaaf stellt fest: „Wenn man 45 Jahre lang gearbeitet und 35 Jahre geriestert hat und dann nicht über 850 Euro Rente kommt, dann stimmt etwas im System nicht“. Der Präsident der Rentenversicherung Herbert Rische hält die Zuschussrente, den SPD-Vorschlag, als nur für bedingt geeignet im Kampf gegen die Altersarmut. Sie sei außerdem „stark von Elementen des Fürsorgeprinzips geprägt“, was der Rentenversicherung „fremd“ sei.

Die Diskussion wird also weitergehen. So wird von dem sozialpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion gefordert, eine gesetzliche Rentenversicherungspflicht für Selbstständige einzuführen, die somit zur Vorsorge gegen Armut im Alter verpflichtet wären.

Diese Thema ist so wichtig, dass es unbedingt in den Mitgliederversammlungen aus eigener Erfahrung an der Basis und als Schwerpunkt in der Seniorenunion diskutiert werden müsste. Die kommunalen Ortsverbände sind gefragt.

Dr. Else Ackermann

Neuenhagen, den 27. Januar 2012